Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krankold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Amt. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.20 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 15.00 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8abengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größerem Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 200. Sonnabend, den 27. August 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichstagsabgeordnete Matthias Erzberger ist gestern in Bad Griesbach (Baden) ermordet worden.

•

Nach einer Meldung des Journals wird über die Zusammenkunft von Loucheur und Rathenau völliges Geheimnis bewahrt werden. Es stehe schon jetzt fest, daß der Presse keinerlei Mitteilungen gemacht werden würden.

•

Wie aus Breslau gemeldet wird, hat das englische Truppenkommando verfügt, daß innerhalb des besetzten Gebietes der englischen Truppen sämtliche Gemeindewehren aufzulösen und unter Aufsicht englischer Offiziere neu zusammenzustellen sind.

•

In der gestrigen Sitzung des Dail Eiran in Dublin wurde de Valera wieder zum Präsidenten der irischen Republik gewählt. Auch das ganze Ministerium wurde wieder gewählt.

Erzberger ermordet!

Der Reichstags-Abgeordnete Erzberger, der sich seit einigen Tagen mit Familie in Bad Griesbach aufhielt, von wo aus er täglich Spaziergänge zu machen pflegte, ist gestern vormittag auf dem Badischen Kniebiß bei Grießwald ermordet aufgefunden worden. Der Leichnam wies mehrere Revolverschüsse auf.

Die Kunde von der Schreckenstat, der Matthias Erzberger zum Opfer gefallen ist, durcheilt die deutschen Gaue und die Welt und stört die Politiker aus der kargen Sommerruhe auf. Leider muß angenommen werden, daß hier politische Beweggründe eine Rolle spielen. Dann ist es die erste und oberste Pflicht jedes anständigen Menschen in Deutschland, der nicht durch politische Haßgefühle völlig verblendet ist, offen und ehrlich seinen unbegrenzten Abscheu vor einer Denkweise und ihrer praktischen Betätigung zu bekunden, durch solche verbrecherische Untaten ermöglicht werden. Erzberger war ja gewiß eine auf das heftigste umstrittene Persönlichkeit in Deutschland und sein Name war auf allen Seiten das Signal zu den lebhaftesten und erbittertsten Kämpfen für und wider. Wie immer aber auch der Einzelne ihm gegenüberstehen mag, wenn er das Herz auf dem rechten Flecke hat und ihm der Sinn nicht vom parteipolitischen Brodem umnebelt ist, dann darf er keinen Augenblick zögern, nicht bloß über die Mörder, deren Hand die tödlichen Kugeln entsandt hat, sondern auch über alle, die direkt oder indirekt an dem Morde irgendwie mitschuldig sind, rücksichtslos den Stab zu brechen. Solche Verbrechen schänden den Namen des ganzen Volkes und alle Kreise ohne Unterschied der Partei haben daher ein gleichmäßiges Interesse daran, jede wie immer geartete Verbindung mit einer perversen Anschauungsweise, die sich in so krassen Verirrungen äußert, von sich abzuschütteln. Die Ehre der deutschen Nation wie der gesamten zivilisierten Welt erfordert es, daß die schreckliche und fluchwürdige Tat schnellstens nach allen Richtungen aufgeklärt und unerbittlich gesühnt wird.

Näheres über die Ermordung.

Ueber den Hergang der Mordtat erfährt W. T. B. folgende Einzelheiten: Erzberger befand sich gestern vormittag gegen 9 Uhr auf dem Wege von Bad Griesbach zur Alexanderschanze beim Kniebiß. In seiner Begleitung befand sich der Reichstagsabgeordnete Diez. Es sollen zwei Burschen im Alter von 25 Jahren als Täter in Betracht kommen, welche die beiden Abgeordneten voneinander trennten und auf der Verfolgung den Abgeordneten Erzberger durch mehrere Schüsse in Brust und Kopf niederstreckten. Der Abgeordnete Diez wurde verwundet und befindet sich im Spital in Oppenau. Eine Gerichtskommission hat sich mit Polizeihunden an den Tatort begeben. Der Vorgang spielte sich in der zehnten Morgenstunde ab. Mit Sicherheit konnte bereits festgestellt werden, daß kein Raubmord vorliegt.

Diese ausdrückliche Feststellung, daß kein Raubmord vorliegt, bekräftigt die Meinung, daß es sich um eine politische Mordtat handelt.

Der amtliche Bericht.

Bei der Reichsregierung ist folgendes Telegramm des Amtsgerichts Oberkirch (Baden) eingelaufen: Reichsfinanzminister a. D. Erzberger ist laut telephonischer Meldung des Postamtes Griesbach Freitag früh auf dem Wege zur Alexander-Schanze bei Griesbach (Amt Oberkirch in Baden) erschossen worden. Die Täter sind bis jetzt unbekannt. Vom badischen Staatsministerium wird das Attentat bestätigt. Danach wurde Erzberger auf dem Wege zur Alexander-Schanze von zwei Burschen, die ihm offenbar aufgelauert hatten und sich ihm in den Weg stellten, angefallen und durch zwölf Kopfschüsse getötet. Abg. Diez aus Radolfszell, der Erzberger begleitete, wurde durch Schüsse an der Hand verwundet. Nach einer anderen Meldung soll auch Diez schwer verletzt sein. Auch nach der Mitteilung des badischen Staatsministeriums sind die Täter noch nicht ermittelt.

•

Matthias Erzberger wurde am 20. September 1875 zu Buttenhausen geboren, wurde Volksschullehrer, studierte in Freiburg Staatsrecht und Nationalökonomie und betätigte sich 1896—1903 in Stuttgart in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. 1897 war er Delegierter zum Internationalen Arbeitskongreß in Zürich. Von 1903 an war er Abgeordneter der Zentrumspartei im Reichstag. In der Zeit bis zum Kriege entfaltete er eine lebhafte schriftstellerische Tätigkeit auf sozial- und parteipolitischem Gebiete. So wurde er der Verfasser eines neunbändigen Werkes über die Zentrumspolitik im Reichstag; ferner veröffentlichte er Schriften über: Die Sozialdemokratie in früheren Tagen, über: Sozialdemokratie und Handelspolitik u. a. m. Lange Zeit hindurch war er der Herausgeber der Korrespondenz für die Zentrumspresse. Seine Tätigkeit während des Krieges steht noch in aller Erinnerung. Auf seinen Einfluß vornehmlich ist die Friedensresolution des Jahres 1917 zurückzuführen. Unter dem Prinzen Max von Baden wurde er zu Kriegsende Staatssekretär ohne Portefeuille, sodann Chef der Waffenstillstandskommission, als welcher er das Abkommen im Wald von Compiegne unterzeichnete. Sein Hauptwerk der späteren Zeit war die unter seinem Namen bekannt gewordene Steuerreform, die er als Finanzminister 1919 durchsetzte. Am Ende dieses Jahres erfolgte die Anklage Helfferichs. Während des sich daraus entwickelnden Prozesses wurde, wie erinnerlich, bereits ein Attentat gegen ihn gerichtet. Am 6. November vorigen Jahres wurde gegen ihn Strafanzeige wegen Verdachtes der Steuerhinterziehung erstattet, von der er aber mangels Beweise freigesprochen wurde. Nachdem er längere Zeit sich dem öffentlichen politischen Leben ferngehalten hatte, stand die Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit letzthin unmittelbar bevor.

Macht oder Recht?

R. H. Nur noch wenige Tage sind es, bis der Völkerbundsrat in Genf zusammentreten wird, um gemäß dem Auftrage des Obersten Rates ein Gutachten über die oberschlesische Frage abzugeben. Dieses Gutachten soll für die Entscheidung, die der Oberste Rat nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zu treffen hat, von ausschlaggebender Bedeutung sein. Schon rein äußerlich kommt durch die Verweisung der strittigen Frage an den Völkerbundsrat zum Ausdruck, daß es sich dabei um mehr handelt als um eine Frage von lokaler Natur und auch als eine Frage, die nur Deutschland und Polen eng berührt. Oberschlesien ist heute eine Frage von europäischer, ja von weltpolitischer Bedeutung. Lloyd George hat in der ersten Sitzung des Obersten Rates, indem er sich die Worte aus der Bremer Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth zu eigen machte, ausgesprochen, daß Oberschlesischen kein zweites Elsaß-Lothringen werden dürfe. Damit hat er klar zum Ausdruck gebracht, daß er von einer nicht in jeder Beziehung gerechten Entscheidung über das Abstimmungsgebiet für Europa Gefahren befürchtet, die nicht hinter denen zurückstehen würden, wie sie aus der Trennung Elsaß-Lothringens von Frankreich als Ergebnis des Krieges 1870/71 entstanden sind.

Aber warum ist es nicht zu einer entscheidenden Beschlußfassung über dieses schwerwiegende Problem in Paris gekommen? Ganz allein deshalb nicht, weil Frankreich nicht das Recht den Ausschlag geben lassen wollte, sondern weil es machtpolitische Tendenzen mit dieser Frage verband. Die Stellungnahme Briands im Obersten Rat und noch mehr seine letzten Erklärungen geben klar zu erkennen, daß er mit der von ihm erstrebten, Polen begünstigenden Lösung mehr zu erreichen suchte als nur eine Begünstigung und wirtschaftliche Stärkung des verbündeten Polen. Handelte es sich nur darum, so würde Briand die Verhandlungen sicher nicht sich so haben zuspitzen lassen, daß es, wenn nicht noch in letzter Stunde ein Ausweg sich gefunden hätte, fast zum Bruch mit England gekommen wäre. Die Pariser Konferenz hat außerordentlich deutlich gezeigt, was Frankreich will: Es strebt in Verbindung mit dem ihnen gefügigen Polen nach der Hegemonie über Europa. Darum allein fordert es, daß der größte und wichtigste Teil des Abstimmungsgebietes an Polen falle, darum unterstützt es die polnische Politik, diese seiner eigenen wesensverwandte Politik eines ungezügelten Imperialismus. Es will jetzt mit dem von ihm abhängigen Polen die herrschende, ausschlaggebende Machtstellung in Europa gewinnen. Was das für den europäischen Frieden bedeutet, kann man an Polen schon jetzt erkennen. Denn dieser erst drei Jahre bestehende Staat hat es durch seinen wilden Annexionismus fertig gebracht, daß er an seinen Grenzen von Millionen von Todfeinden umgeben ist. Ohne Rücksicht auf die Gefahren geht er nun offenkundig auch noch darauf aus, alle Brücken, die zu einer Versöhnung und zu freundnachbarlichem Verhältnis mit dem deutschen Volke führen könnten, einzureißen. Diese Politik birgt ohne Zweifel die größten Gefahren für Europa, aber sie wird von Frankreich planmäßig gefördert, da sie mit den eigenen Plänen übereinstimmt.

Kann der Völkerbundsrat, der, wie der Völkerbund selber, ein Instrument des Friedens sein und der Befriedigung der Welt dienen soll, solche um jedes Recht unbekümmerte Machtpolitik unterstützen? Wenn er der ihm übertragenen Aufgabe gerecht werden will, den Weg zu weisen zu einer einwandfreien Regelung des den Weltfrieden berührenden Problems, so hat er nicht nach Macht zu fragen, sondern seinen Erwägungen und seinen Beschluß allein das, was Rechtes ist, zu Grunde zu legen. Er hat eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen, eine Entscheidung, die maßgebend sein soll für das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes. Wohin das oberschlesische Volk will, ob zu Polen oder zu Deutschland, die Frage hat es in der Volksabstimmung klar und deutlich beantwortet. Soll aber des Volkes Wille berücksichtigt werden, — und das muß hier geschehen — dann kann das oberschlesische Volk nur als Ganzes, als Einheit betrachtet werden. Will daher der Völkerbundsrat wirkliche Friedenspolitik treiben, so muß er, wozu auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zwingen, Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland lassen. Nur wenn das Recht allein die Grundlage des Gutachtens und der ihm folgenden Entscheidung des Obersten Rates sein wird, wird der Weltfrieden vor neuer Gefährdung gesichert sein.

•

Ishii hält sich neutral!

Keine allzuschnelle Lösung der oberschlesischen Frage.

Vicomte Ishii, der derzeitige Vorsitzende des Völkerbundsrates, ist gestern vormittag in Genf eingetroffen, desgleichen Paul Hymans, der den Vorsitz in den neuen Verhandlungen zwischen Polen und Litauen führt. Der Vorsitzende des Völkerbundsrates wird in dem Bericht, den er dem Rat erstatten wird, eine rein sachliche Darstellung der Tatsachen geben. Ishii bemüht sich, in keiner Weise in dem Bericht eine Lösung der oberschlesischen Frage zu suchen oder irgendwelchen Vorschlag zu machen. Das Schriftstück, das er am Montag seinen Kollegen vorlegt, wird zum Teil nur die Wiedergabe bereits bekanntgewordener Briefe sein, anderenteils wird es eine Zusammenfassung der Schriftstücke und Unterlagen sein, in deren Besitz der Berichterstatter ist. Man ist der Ansicht, daß die erste Versammlung des Rates zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen wird. Man ist in den Kreisen des Völkerbundes ganz klar darüber, daß die öffentliche Meinung aller Länder eine möglichst schleunige Lösung der oberschlesischen Frage herbeisehnt, aber man scheint hier zu wünschen, daß die öffentliche Meinung sich auch ganz genau alle Schwierigkeiten der Aufgabe vergegenwärtige. Man fordert für die Mitglieder des Rates, die sich niemals mit der Frage befaßt haben, das Recht, sich eingehend zu unterrichten und reiflich zu überlegen.

Kleine politische Meldungen.

Die Begnadigungen. Der Reichspräsident, der kürzlich die Strafen von 42 vom Naumburger Sondergericht zu Zuchthausstrafen Verurteilten in 40 Fällen in Gefängnisstrafen umwandelte, begnadigte auch 21 Verurteilte aus dem Eislebener Aufruhr, davon fünf, bei denen das Eislebener Sondergericht wegen gemeiner Verbrechen auf Zuchthaus erkannt hatte. Von den 32 kommunistischen Anstiftern des Eislebener Aufruhrs sind nur noch acht in Strafhaft.

Putschversuche in Berlin? Der Berliner Polizeipräsident weist in öffentlichen Anschlägen darauf hin, daß im Anschluß an die gestern stattfindende Teuerungskundgebung der Betriebsräte der Freien Gewerkschaften Straßendemonstrationen vorgesehen seien mit dem Zwecke einer politischen Umwälzung. Er werde alle diese Demonstrationen rücksichtslos unterdrücken.

Schutz der Koalitionsfreiheit. In einem Erlaß des preußischen Handelsministers wird nachdrücklich betont, daß jede Art Betätigung der Betriebsräte, die gegen die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit verstößt ungesetzlich ist und unter allen Umständen gegenstandslos gemacht werden muß. Der Erlaß ist ergangen auf eine Vorstellung des Provinzialkriegerverbandes Schlesien, der Beschwerde geführt hatte, daß Mitglieder eines Betriebsrates versucht hätten, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem Kriegerverein aus Lohn und Brot zu bringen.

Beginn der Wiesbadener Besprechungen. Minister Loucheur ist am Donnerstag abend hier angekommen. In seiner Begleitung befinden sich außer drei französischen Journalisten nur sein Sekretär. Die Besprechungen zwischen Rathenau und Loucheur haben gestern früh 10¼ Uhr begonnen. Neben Minister Rathenau nimmt von deutschen Vertretern nur Kommerzienrat Guggenheimer an den Verhandlungen teil. Die Verhandlungen werden streng vertraulich geführt.

Auch Polen dementiert. Petit Parisien veröffentlicht eine Mitteilung der polnischen Gesandtschaft, welche die Nachricht, daß unmittelbare Besprechungen zwischen Deutschland und Polen in der oberschlesischen Frage in Warschau beabsichtigt seien und daß bereits über diesen Gegenstand Verhandlungen in Berlin stattgefunden hätten, kategorisch dementiert.

Irlands Antwort nicht befriedigend. Daily Chronicle zufolge ist die Antwort der Sinnfeiner auf das Angebot der britischen Regierung nicht befriedigend. Donnerstag nachmittag fand unter dem Vorsitz von Lloyd George eine zweistündige Kabinettssitzung statt, um die Antwort der Sinnfeiner zu erörtern. Daily Chronicle zufolge verwirft Valera das Angebot